

# Haftung ja, Strafe nein

**Lünen. Auf Initiative der Fraktion Piraten/Freie Wähler werden die Derivatgeschäfte nun auch juristisch aufgearbeitet. Der GFL geht das nicht weit genug – sie hätte gern härtere Konsequenzen gesehen.**



Die Vorgänge im Rathaus, die 2010 zu den Derivatgeschäften geführt hatten, sollen von einer unabhängigen Kommission geprüft werden.

Von Daniel Claeßen

Die Anträge kamen spät, aber sie kamen: Zunächst hatten Piraten und Freie Wähler am Tag der Ratssitzung beantragt, eine unabhängige Kommission zur Prüfung der Derivatgeschäfte einzusetzen (RN berichteten). Kurz danach folgte die GFL mit einem detaillierten Vorschlag, der sich explizit nicht nur auf Haftungs-, sondern auch um strafrechtliche Fragen bezog.

Konkret ging es Piraten und Freien Wählern um „das Zustandekommen der SWAP-Geschäfte“. Die Kommission solle sämtliche Vorgänge prüfen, „und zwar angefangen bei den Beschlüssen, die überhaupt zu den Geschäften führten, bis hin zum neuerlichen Thema des Vergleichs“, wie Fraktionsvorsitzende Gabriele zum Buttell erklärte. „Es muss sichergestellt sein, dass keine der beteiligten Akteure in dieser Kommission vertreten sind.“

Vergleich mit Pforzheim

GFL-Fraktionschef Dr. Johannes Hofnagel formulierte konkret, „haftungsrechtliche Ansprüche gegen die hauptverantwortlichen Mitglieder des damaligen Verwaltungsvorstandes“ sowie gegen den damaligen Kämmerer zu prüfen. „Darüber hinaus ist auch die strafrechtliche Verantwortung dieser Hauptverantwortlichen zu prüfen“, so Hofnagel weiter. Außerdem solle die Verwaltung klären, „inwieweit auch Mitglieder des damaligen Rates schuldhaft gehandelt haben und ob diese haftungsrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können bzw. müssen“. Die GFL bezog sich in ihrem Antrag auf einen „ähnlichen Vorgang“ in Pforzheim, wo das Mannheimer Landgericht im November 2017 die ehemalige Oberbürgermeisterin und die Ex-Kämmerin zu Bewährungsstrafen verurteilt hatte. Die Verteidiger haben allerdings Revision eingelegt, das letzte Wort hat also der Bundesgerichtshof in Karlsruhe.

Während sich Piraten und Freie Wähler damit begnügt hatten, „Aufklärung und eine transparente Darlegung der damaligen Vorgehensweise“ zu fordern, holte die GFL weiter aus: „Auch die Vertrauenswürdigkeit der Stadtverwaltung und des Rates haben durch

diese Werten erheblichen Schaden genommen.“ Die Aufarbeitung sei ein Beitrag, um die Vertrauenswürdigkeit von Rat und Verwaltung wieder herzustellen.

„Vorverurteilung“

Formulierungen, die den Fraktionen von SPD und CDU sauer aufstießen. An der Aufklärung wollten sich grundsätzlich alle beteiligen. „Aber der Antrag der GFL kommt einer Vorverurteilung gleich“, wetterte Herbert Jahn (CDU). Die Mehrheit des Rates folgte dieser Auffassung.

Eine Reaktion auf die Rücktrittsforderungen, die die GFL in Richtung CDU-Fraktionschefin Annette Droege-Middel und SPD-Vize Hugo Becker gerichtet hatte, blieb aus.